

Vom »digitalen Faustrecht« und anderen Herausforderungen

Jahreskonferenz des Exzellenzclusters »Normative Orders«: Blick auf Mode und Islamismus im Pop-Gewand

Was hat das Internet mit der Welt der Mode zu tun?

In beiden Bereichen könnte das Recht, wie wir es kennen, auf dem Rückzug sein – wobei das bei der Kleiderordnung tatsächlich schon länger so ist. Das Völkerrecht dagegen gilt mittlerweile als fast schon zu stark. Und vielleicht kehren die Gebote der Religionen in einem neuen – womöglich „popkulturellen“ – Gewand wieder. Auch auf der jüngsten Internationalen Jahreskonferenz des Exzellenzclusters „Die Herausbildung normativer Ordnungen“ gaben dessen Wissenschaftler und kooperierende Gäste Einblicke in aktuelle Forschungsthemen.



Miloš Vec, Rechtsprofessor an der Universität Wien (2.v.r.), bei seinem Vortrag. Foto: Normative Orders

Die zweitägige Tagung fand Ende November im Gebäude des Exzellenzclusters auf dem Campus Westend statt. Ihr Obertitel, „Normative Ordnungen im Wandel: Globale Herausforderungen“, korrespondierte im besonderen Maße mit dem Panel über das Internet. „Hier kann man aktuell beobachten, wie Normativität entsteht und sich wandelt“, sagte Thorsten Thiel, Politikwissenschaftler und assoziiertes Mitglied des Clusters. Und eine Herausforderung scheint wohl auch darin zu liegen, zivilisatorische Rückschritte zu vermeiden.

Recht im Internet

Von einem „digitalen Faustrecht“ sprach denn auch Alexander Peukert. Der Professor für Bürgerliches Recht und Wirtschaftsrecht wollte seine Formulierung zugespitzt verstanden wissen.

Aber es hat schon etwas von Willkür, wenn beispielsweise Google in automatisierten Verfahren Links aus den Suchergebnissen löscht oder auf Youtube Inhalte entfernt. Zwar geht es bei vielen „take downs“ um vermeintliche Urheberrechtsverletzungen, beanstandet von Firmen und Verwertern. Doch können sich die mutmaßlichen Rechtsverletzter in diesen Verfahren, die geradezu ein Gegenmodell staatlicher Rechtsregelung sind, kaum angemessen wehren.

Dabei sollte das Internet doch dem Gemeinwohl dienen und ein „Mittel zur Erreichung einer menschenzentrierten und entwicklungsorientierten Informationsgesellschaft“ sein, wie es Matthias C. Kettmann formulierte. Der Rechtswissenschaftler habilitiert sich am Cluster zur normativen Ordnung des Internets. Für ihn reicht es nicht aus, sozialen Netzwerken und Suchmaschinenbetreibern zu vertrauen. „Hier gilt: Kontrolle in einem völkerrechtlich abgesteckten Rahmen ist besser.“ Auch der Staat müsse sich im virtuellen Raum seiner zentralen Funktionen besinnen und seine Bürger schützen, ohne deren Rechte zu verletzen.

Ein Bereich, aus dem sich der Staat weitgehend zurückgezogen hat, ist die Mode. Noch bis ins 19. Jahrhundert gab es im Rahmen der „guten Polizey“ detaillierte Kleidervorschriften – unter anderem, damit sich die niederen Stände nicht durch den Kauf allzu teurer Roben finanziell ruinieren. Mittlerweile sei in der Mode eine Art „Entrechtlichung“ zu beobachten, sagte Miloš Vec, Rechtsprofessor an der Universität Wien und assoziiertes Cluster-Mitglied. Die Regeln der Mode hätten zwar weiterhin mit Recht und Moral zu tun, seien aber ebenso der Ausdruck einer höchst wandelbaren sozialen Selbstregulierung der Gesellschaft.

»Verrechtlichung« internationaler Beziehungen

Das Für und Wider einer „Verrechtlichung“ – und zwar der internationalen Beziehungen – beleuchtete Jens Steffek, Professor für Politikwissenschaft an der TU Darmstadt und Mitglied des Clusters. Kritiker beklagen eine Zunahme internationaler Verträge, die den Staaten Rechte und Pflichten zuschreiben. Dadurch würden nationale Souveränität und demokratische Selbstbestimmung ausgehöhlt. Andererseits kann ein starkes Völkerrecht auch Willkür oder Vormachtstreben einzelner Länder begrenzen. Eine theoretische Möglichkeit, dieses Paradox aufzulösen, bestünde, so Steffek, in einem Weltstaat mit

einem Weltparlament. Es gebe aber auch eine pragmatische Herangehensweise, die zwischen den normativ gleichermaßen bedeutenden Zielen der Rechtsherrschaft und der demokratischen Selbstbestimmung vermittelt.

Eine starke Quelle für Normen sind seit jeher die Religionen. Die so genannte Säkularisierungstheorie sah sie in der Bedeutungslosigkeit verschwinden. Mit der Rede von einem post-säkularen Zeitalter ist die Vorstellung ihrer Rückkehr verbunden. Beides ist falsch oder zumindest unscharf, meint Hartmut Zinser, emeritierter Professor für Religionswissenschaft an der FU Berlin und Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des Exzellenzclusters. Die Religionen seien auch in der westlichen Welt nie ganz weg gewesen. Heutzutage könnten Positionen der Religion als Orientierung für ethische Entscheidungen dienen, etwa im Umgang mit dem menschlichen Erbgut.

Eine verblüffende Mischung aus weltlich-westlichen Einflüssen und islamistischen Standpunkten beschrieb schließlich der Ethnologe Dominik Müller, Postdoktorand am Exzellenzcluster. In Malaysia gibt es eine politische Bewegung, die konservative religiöse Anschauungen mit Mitteln des Marketings, der Musik und der Neuen Medien verbreitet. Müller nennt dieses Phänomen „Pop-Islamismus“, in Abgrenzung zur These des „Post-Islamismus“, wonach der Islamismus als politische Ideologie an Boden verliere. Davon könne, so Müller, zumindest mit Blick auf Südostasien nicht die Rede sein.

Dominik Müller gehört zu einem Forscherteam, das sich mit aktuellen Entwicklungen in der islamischen Welt beschäftigt. Diese Arbeit manifestiert sich jetzt auch in dem neu gegründeten Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam am Exzellenzcluster unter der Leitung der Ethnologie-Professorin Susanne Schröter. Einen Bericht über die Auftakttagung lesen Sie auf dieser Seite. Möglicherweise steht am Cluster auch die Gründung eines Frankfurter Instituts für Internetforschung bevor. Ab dem kommenden Semester wollen Matthias Kettmann und Thorsten Thiel zunächst ein Kolloquium zum Thema einrichten. Bernd Frye

Detaillierte Berichte über die insgesamt 16 Vorträge und einleitenden Referate der Jahrestagung gibt es auf: www.normativeorders.net/jahreskonferenz

Neuer »Think Tank« am Exzellenzcluster

Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam startete mit Salafismus-Konferenz

Wenn sie wiederkommen, sind sie noch gefährlicher – und viele von ihnen kehren früher oder später zurück.“ Peter Neumann, Extremismusforscher vom Londoner King’s College, kritisierte mit deutlichen Worten die vermeintliche Lösung, radikalisierte Salafisten nach Syrien ausreisen zu lassen, um die Probleme damit los zu werden. Das sei „mit Abstand das Dümme, was man machen kann“. Der Leiter des International Centre for the Study of Radicalisation gehörte zu den Referenten der Konferenz „Salafismus und Jihadismus. Der Traum vom Gottesstaat im 21. Jahrhundert“.

Die internationale Fachtagung fungierte gleichzeitig als Grün-

dingsveranstaltung des Frankfurter Forschungszentrums Globaler Islam (FFGI) am Exzellenzcluster „Die Herausbildung normativer Ordnungen“. Das FFGI versteht sich als „Think Tank“, der Entwicklungen in der islamischen Welt analysiert und ihre Relevanz für Deutschland herausarbeitet. Zum Auftakt gab es programmatische Einblicke in das Arbeitsgebiet. Organisatorin der Konferenz, die Ende November im Historischen Museum Frankfurt stattfand, war Susanne Schröter, Professorin für Ethnologie kolonialer und postkolonialer Ordnungen am Exzellenzcluster. Für das von ihr geleitete FFGI sieht sie vor allem zwei Aufgaben, wie sie auch zu Konferenzbeginn erläuterte. Zum

einen gelte es, nationale mit transnationalen Perspektiven zu verbinden. „Zum anderen wollen wir die Wissenschaft der Universität für die Gesellschaft nutzbar machen.“

Das FFGI besteht aus zwölf Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern verschiedener Nationalitäten und Religionen. Ihre Arbeitsschwerpunkte reichen von Reform- und Demokratiebewegungen in der islamischen Welt über Frauen- und Minderheitenrechte bis zu Migration und multikulturellen Gesellschaften. Ein besonderes Augenmerk widmet das Zentrum der Tatsache, dass es Jugendliche in Staaten mit laizistischen oder pluralistischen politischen Traditionen massen-

haft in islamistische Organisationen zieht. Auch in Deutschland hat sich die Salafismus genannte

Form des radikalen politischen Islams zu einer virulenten Jugendbewegung entwickelt. Rund

Fortsetzung auf Seite 6



Berlin: Salafisten verteilen den Koran in deutscher Sprache an Passanten. Foto: ullstein bild - CARO / Claudia Hechtenberg